

Was Japan-Investitionen in China anbelangt, so erklärte die Regierung der Volksrepublik, daß zwischen Januar und Dezember 1989 die chinesische Regierung 221 Projekte im Werte von 280 Mio. US\$ genehmigt habe. Das bedeute ein Steigerung um 64%. Wieviele der Projekte tatsächlich in Angriff genommen werden, steht auf einem anderen Blatt. Auffällig sind die niedrigen Investitionsvolumina von weniger als 1 Mio. US\$ pro Projekt. Japanische Zurückhaltung ist offensichtlich, und Diplomaten meinen, daß die japanische Investitionsbereitschaft in China in der 2. Hälfte 1989 fast völlig zum Stillstand gekommen sei.

Japan besitzt ein von der Regierung abgesegnetes neues Kreditprogramm für China. Dies steht im Kontrast zu der Zurückhaltung, der sich europäische, amerikanische und japanische Banken im letzten Jahr im China-Kreditgeschäft befleißigen.

Der China-Enthusiasmus ist immer noch nicht groß, obwohl augenblicklich durch höhere Margen das China-Kreditgeschäft besser ist als jemals zuvor seit der Öffnung. Wurden vor der Juni-Krise Zinssätze von 0,25 Punkten über LIBOR Topkunden eingeräumt, ist der Aufschlag für Kredite mit drei bis fünf Jahren Laufzeit nun ein voller Prozentpunkt. Zum Vergleich: koreanische Konzerne, von denen viele mit Schwierigkeiten kämpfen, erhalten auf dem Finanzplatz Hongkong Kredite um 0,3-0,4 Punkte über LIBOR.

Japans Banken drängen denn auch auf Wiederaufnahme der China-Kredite trotz der Risiken einer wachsenden Verschuldung und sinkender Devisenreserven bei steigendem Devisenbedarf aufgrund einer erhöhten Rohstoffrechnung. Ein deutscher Bankier in Hongkong sagte: "China hat die letzten kreditarmen Monate so eben überbrücken können, teilweise durch Reserven, teilweise durch Verkäufe wertvoller Metalle. Ginge der Kreditentzug weiter, würde dies die negative Auswirkung auf die Wirtschaft verstärken."

Zwei Großkredite Japans stehen derzeit vor der Reaktivierung, die Signalwirkung für das gesamte China-Kreditgeschäft haben dürften:

- Ein alter Stand-by-Kredit in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar einer Gruppe von 67 Banken unter der Führung der Bank of Tokyo, der 1985 arrangiert worden war.

- Reaktiviert werden soll auch der 5,55-Mrd.-US\$-Kredit als dritte Tranche der japanischen bilateralen Hilfe, die der damalige japanische Regierungschef Takeshita während einer Beijing-Reise 1988 versprochen hatte.

Zwischen dem 1. und 8. März wird eine Bankendelegation Japans unter Schirmherrschaft des Bankenverbandes Beijing und Shanghai bereisen, um die Kreditsituation zu prüfen. Der einzige größere Japankredit in jüngster Vergangenheit war ein "Testkredit" über 96 Mio. US\$ der Fuji Bank für einen Flugzeugkauf von CAAC. Am Flugzeugkreditgeschäft für Boeing-Lieferanten an Shanghai sind auch deutsche Banken interessiert, gilt dieser Markt doch als "sicher", da man glaubt, Flugzeuge bei Zahlungsverzug leicht pfänden zu können. (HB, 15. u. 17.1. 1990) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(36)

### Ist China arm?

In einem Artikel der *Volkszeitung* erörtert Gao Di die Frage, was unter Chinas "Armut" zu verstehen sei. Es sei unfair, so der Autor, die Wirtschaft eines Landes und den Lebensstandard seines Volkes nur nach dem Indikator des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens zu beurteilen.

Wegen des gegenwärtigen jährlichen Pro-Kopf-Einkommens von 300 US\$ in der Volksrepublik wird China als ein armes Land gesehen. Das Land rangiere jedoch an 8. Stelle in der Welt, wenn man den Indikator Brutto-Nationalprodukt anwendet. Dann kommt der Autor zu einer erstaunlichen Folgerung: Nur wegen der riesigen Bevölkerung von 1,1 Mrd. Menschen könne China als armes Land hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens bezeichnet werden.

Die Preise der Waren in China seien niedrig, und die Verteilung des Reichtums sei gerecht. Deswegen sei der tatsächliche Lebensstandard des chinesischen Volkes nicht so niedrig, wie es der Wert des Pro-Kopf-Einkommens in US-Dollar erscheinen läßt.

Nehme man die tatsächliche Kaufkraft des Yuan, so würde das reale Pro-Kopf-Einkommen des chinesischen Volkes jährlich zwischen 500 und 700 oder sogar über 1.000 US\$ in einigen Fällen liegen.

Nach dem Indikator Lebensqualität, worin Einkommen, Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Erziehung enthalten seien, rangiert China an 70. Stelle in der Welt.

Die Ursachen der Armut werden auf die Geschichte zurückgeführt. China liege bereits seit dem 18. Jahrhundert zurück.

Diejenigen, die zu beweisen versuchen, daß der Sozialismus dem Kapitalismus unterlegen sei, indem sie die Tatsache zitieren, daß Japan nun reicher als China sei, würden oberflächliche Indikatoren benutzen.

In den letzten 40 Jahren sei die durchschnittliche Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft höher als jene vieler kapitalistischen Länder gewesen. Von 1980 bis 1986 habe das durchschnittliche Jahreswachstum des Welt-Bruttonationaleinkommens bei 2,6% gelegen, während es in China sich auf 9,2% belaufen habe. Die sog. entwickelten Länder hätten dagegen nur eine Wachstumsrate von 2,3% erreicht.

Da der Sozialismus in der Welt erst seit ca. 70 Jahren begonnen habe - in China erst vor 40 Jahren -, habe das System nicht perfektioniert werden können. Es müsse immer noch ständig verbessert und entwickelt werden.

Ein weiterer Artikel in der *Volkszeitung* gibt den Weltbankbericht wieder, nach dem Chinas Pro-Kopf-Nationaleinkommen zwischen 290 und 310 US\$ seit 1980 sich bewege.

Im Jahre 1980 habe der Wechselkurs des Yuan für einen US-Dollar 1,53 betragen, im Jahre 1987 sei er auf 3,72 gestiegen, seit Ende 1989 liege er bei 4,7.

Jedoch sei die inländische Kaufkraft des Yuan nicht im gleichen Maße abgewertet worden. Der Wechselkurs würde im wesentlichen bestimmt durch die Importe und Exporte gewisser Produkte. Dann folgt eine merkwürdige ökonomische Erklärung. Beispielsweise, so heißt es, koste ein Video-

## CHINA aktuell

Kassettenrecorder ca. 300 US\$ im Ausland, wohingegen der Preis in China auf 4.000 Yuan im Jahre 1989 gestiegen sei. Solche Preisdisparitäten hätten den Wechselkurs hinaufgetrieben.

Andererseits, so wird argumentiert, seien die Kosten für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnungen und Dienstleistungen in der Volksrepublik so niedrig, daß der Yuan eine viel höhere Kaufkraft als der Dollar habe. Beispielsweise kostete eine Kinokarte in den Vereinigten Staaten ca. fünf Dollar, während sie weniger als ein Yuan in der Volksrepublik China kostet.

Angesichts solcher ökonomischer Theorien verwundert es nicht, daß sich die sozialistische Wirtschaft in einem solchen Zustand befindet. Wirklich vernünftige Aussagen können in diesem Bereich doch nur durch vernünftige Relationen gemacht werden. Um beim Beispiel der Kinokarte zu bleiben, wäre zu untersuchen, wie hoch dann das Pro-Kopf-Einkommen in den jeweiligen Ländern ist und wie lange jemand für eine Kinokarte arbeiten muß. Ganz abgesehen davon bleibt das Problem, ob man überhaupt eine Kinokarte kaufen kann. Während dies in den Vereinigten Staaten, von Erstaufführungen einmal abgesehen, im allgemeinen immer der Fall ist, ist es in China schwierig, überhaupt eine Kinokarte zu ergattern. (RMRB, 5.1.1990; CD, 25.1.1990) -lou-

\*(37)

### Erdölproduktion steigt nur langsam

Die chinesische Erdölproduktion wächst langsamer als geplant. Mehrere alte und immer noch die Hauptlast der Erzeugung tragende Felder haben ihren Ertragszenit überschritten. Neue, vor allem im Nordwesten des Landes gelegene reiche Lagerstätten müssen erst noch erschlossen werden.

Das Jahresziel für 1989 von 130 Mio.t Rohöl dürfte auf der Basis von 102,1 Mio.t in den ersten neun Monaten nicht erreicht worden sein. Als realistisches Ergebnis zeichnet sich eine Größenordnung von 137 Mio.t ab. Dies wäre praktisch nicht mehr als die für 1988 ausgewiesenen 137,1 Mio.t. Sollte sich diese Prognose bewahrheiten, wird die ohnehin seit Jahren ab-

nehmende Wachstumsrate (1986: +4,6%, 1987: +2,6%, 1988: +2,2%) 1989 fast auf Null sinken.

Auf dieser Grundlage wird die Volksrepublik Mühe haben, die für 1990, dem Endjahr des 7.Fünffjahresplanes, angestrebten 143 Mio.t zu realisieren. Das Ziel war vom Nationalen Volkskongreß im März 1988 wegen der schwierigen Situation in der Erdölförderung bereits von 150 Mio.t nach unten korrigiert worden. Auch hinter die für die Jahrhundertwende anvisierten 200 Mio.t darf ein Fragezeichen gesetzt werden.

Die Erdgasförderung zeigt sich demgegenüber eher positiv. Bis September 1989 waren 11,2 Mrd.cbm gewonnen worden. Eine Hochrechnung dieses Ergebnisses läuft für 1989 auf einen Wert von 14,9 Mrd.cbm hinaus; das wäre ein Zuwachs von 6,4% gegenüber dem Plansoll von 14 Mrd.cbm. 1988 waren 14,3 Mrd., 1987 13,9 Mrd.cbm Erdgas gefördert worden.

Die Erdölgewinnung erfolgt fast ausschließlich onshore. Auf sie entfällt derzeit ein Anteil von rd. 99,5%. Die Anfang der 60er Jahre erschlossene Lagerstätte Daqing (Heilongjiang) sowie die bis Ende der 70er Jahre hinzugekommenen Felder Shengli (Shandong), Dagang (Tianjin), Liaohé (Liaoning), Huabei (Hebei) und Zhongyuan (Henan) bilden heute zusammen mit Qianguo (Jilin) und Karamay (Xinjiang) das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft.

Die genannten Felder konnten 1988 mit einer Ausnahme ihre Erzeugung gegenüber dem Jahr zuvor nochmals, wenn auch z.T. nur geringfügig, steigern.

Chinas vermutete Onshore-Erdölreserven belaufen sich auf 64,3 Mrd.t, gesichert ist indessen nur ein relativ geringer Teil. Die Fördermenge droht wegen der absehbaren Erschöpfung alter Lagerstätten in der nächsten Zeit zu sinken. Um dies zu vermeiden, will die für die Onshore-Aktivitäten zuständige China National Petroleum and Natural Gas Corp. (CNPNGC) die Explorationsarbeiten in der Nähe der bestehenden Felder und die Suche nach neuen ölführenden Formationen verstärken.

In der jüngsten Vergangenheit wurden sechs neue Lagerstätten entdeckt. Sie befinden sich im östlichen Junggar-Becken in der autonomen Region Xinjiang, bei Chaluhe ca. 60 km östlich der Hauptstadt Changchun in der Provinz Jilin, beim See Gas Hu in der Provinz Qinghai an der Grenze zu Xinjiang, in Erlian in der autonomen Region Innere Mongolei, in Nanbao im Osten der Provinz Hebei und in Kongdian bei Dagang (Tianjin). Die Erdölreserven dieser Stätten werden auf insgesamt 2,6 Mrd.t geschätzt.

Diese Menge und die in den äußeren Randgebieten der alten Lagerstätten entdeckten Vorräte entsprechen nach Ansicht der CNPNGC jedoch nicht dem zu erwartenden Bedarf der chinesischen Volkswirtschaft. Darum wendet man sich auch verstärkt der Untersuchung der Strände und der sehr flachen Küsten des Bohai-Meeres (Nordchina) zu. Sehr große Hoffnungen werden zudem auf das vermutlich enorme Potential des Tarim-Beckens in Xinjiang gesetzt.

Offshore-Aktivitäten gibt es vor allem an den Küsten Nord- und Südchinas. In den letzten Jahren sind die Felder Chengbei und Bozhong 28-1 (beide in der Bohai-Bucht) sowie Wei 10-3 im Beibu-Golf (Südchina) in Betrieb gegangen. Künftig will man sich außerdem auf die Exploration und Förderung im Ostchinesischen Meer konzentrieren. Dabei wird auch die Zusammenarbeit mit einschlägigen ausländischen Unternehmen ins Auge gefaßt.

Bis Ende September 1989 waren offshore 680.000 t Rohöl gewonnen worden. Damit dürften die für 1989 vorgesehenen 900.000 t erreicht worden sein. Das Ergebnis für 1988 hatte bei 752.000 t gelegen. Davon kamen 368.000 t aus dem Chengbei und 284.000 t aus den Wei 10-3-Feld. Die China National Offshore Oil Corp. (CNOOC) hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, 1992 ca. 5 Mio.t Erdöl und 1,2 Mrd.cbm Erdgas zu fördern.

Für einen Erfolg wird mitentscheidend sein, ob sechs größere Projekte mit z.T. ausländischer Beteiligung fristgemäß den Betrieb aufnehmen können. An dem Feld Bozhong 34-2 in der Bohai-See ist Japan beteiligt. Dort soll 1990 die Förderung mit einer Jahreshöchstmenge von 400.000 t beginnen. Bei Huizhou 21-1 und 26-1 im Südchi-

nesischen Meer an der Perlfußmündung sind italienische und amerikanische Unternehmen beteiligt. Huizhou 21-1 soll ab September 1990 bis zu 970.000 t produzieren, Huizhou 26-1 ab 1991 maximal 1,4 Mio. Jahrestonnen. (NfA, 18.1.1990) -lou-

\*(38)

#### Arbeitslosenrate steigt

In der Volksrepublik war die Arbeitslosenrate 1989 höher als im Jahr zuvor. Vom Zentralen Statistikamt wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen bei weitem 3,4 Mio. überschreiten würde. Gegen Ende des dritten Quartals 1989 hatte die Zahl 3,4 Mio. erreicht. Damit betrug die Arbeitslosenrate 2,3% gegenüber 2% im Jahre 1988.

Obleich die Gesamtzahlen für das Jahr 1988 noch nicht vorliegen, tendiert die Arbeitslosenrate dazu zu steigen. Jedes Jahr steigt die Zahl der Erwerbsbevölkerung um 10 Mio. neue Arbeiter und Angestellte.

Als wichtigste Gründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit wurden genannt: Erstens das massive Zurückschneiden der Investbau-Investitionen auf ca.90 Mrd.Yuan. Dies zwang die Bauindustrie, die Zahl ihrer Arbeitskräfte zu verringern. Geringe Effizienz und geringe Gewinne zwangen einige Unternehmen, die Produktion zurückzunehmen und ihre Arbeiter nach Hause zu schicken.

Die meisten Arbeitslosen befinden sich in kleinen und mittelgroßen Städten und Bergbau-Gebieten. Die Arbeitslosenrate in den Küstengegenden und großen Städten ist weit geringer als der Durchschnitt. Die Arbeitslosenrate in Beijing habe 1989 beispielsweise nur 0,5% betragen.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm bis November 1989 um 480.000 gegenüber dem Ende des Jahres 1988 ab. Die Gesamtzahl (in den städtischen Gebieten) beträgt nun nach Angaben des Zentralen Statistikamtes 135,6 Mio. Die größte Abnahme war bei jenen zu verzeichnen, die in kollektiveigenen Unternehmen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten arbeiten. Die Zahl dieser Menschen nahm um 630.000 auf 34,64 Mio. ab.

Staatseigene Unternehmen beschäftigten 100 Mio., eine Abnahme von 30.000. Das Zentrale Statistikamt berichtete weiter, daß während der ersten 11 Monate des Jahres 1989 die gesamte Lohnsumme 221 Mrd.Yuan erreichte, das war ein Anstieg von 16,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Jahres 1988.

Für Ende November 1989 ergibt sich folgende Statistik: Beschäftigte in staatseigenen Unternehmen 99,81 Mio., Beschäftigte in kollektiveigenen Unternehmen 34,64 Mio., Beschäftigte in anderen Unternehmen 1,15 Mio. Das ergibt eine gesamte Beschäftigtenzahl von 135,6 Mio.

Im November 1989 betrug die gesamte ausgezahlte Lohnsumme 20,09 Mrd. Yuan. Davon erhielten die Beschäftigten in staatseigenen Unternehmen 17,28, diejenigen in kollektiveigenen Unternehmen 4,55 Mrd. sowie diejenigen in anderen Unternehmen 0,26 Mrd.Yuan. (China Daily, 21.1.1990) -lou-

\*(39)

#### Abschreibungs fonds diskutiert

In einem Artikel in der *Jingji Ribao*, wiedergegeben in *China Daily*, wird das Problem der Abschreibungen diskutiert. Die Wirtschaftszeitung warnt davor, Abschreibungs fonds staatseigener Unternehmen für andere Zwecke zu verwenden. Dies sei so, als verwen-de man künftig einzunehmendes Geld für gegenwärtige Zwecke, was zu einem potentiellen Problem hinsichtlich der Staatseinnahmen führen würde.

Das Anlagevermögen im Eigentum staatseigener Unternehmen überschritt 1.000 Mrd.Yuan. Normalerweise müsse dieses Anlagevermögen rechtzeitig erneuert werden, weil es durch den ständigen Gebrauch sich abnutzen könnte. Die Unternehmen müssen deshalb ihre Anlagevermögen in ihren Produktionskosten berechnen und ihn von den Erträgen der Produkte abziehen.

Nach Angaben der Wirtschaftszeitung betrage die Abschreibungsrate in den staatseigenen Unternehmen nur 5% - sie sei zu niedrig.

Doch gelingt es trotz dieser niedrigen Rate vielen Unternehmen nicht, die Abschreibungsrate zu erfüllen, wenn

sie nur geringen Gewinn machen oder Verluste haben bzw. die staatlichen Gewinnquoten abzuführen haben.

Des weiteren werden Preiserhöhungen nicht berücksichtigt, so daß es zu einem Unterschied hinsichtlich des Buchwertes der Anlagen und des Realwertes komme.

Die Statistiken weisen aus, daß die Baukosten pro qm im Jahre 1986 mehr als das Dreifache der Kosten des Jahres 1978 ausmachten. Die Preise für die Wiederbeschaffung der gleichen Maschinen und Ausrüstungen hätte sich in derselben Periode mehr als verdoppelt. Seit 1987 sind die Kosten ständig angestiegen. Ein Abzug der Abschreibungs fonds mit einer Rate, die auf dem Buchwert des Anlagevermögens ruht, bedeutet tatsächlich einen zu geringen Abzug der Abschreibungs fonds. Die zu wenig abgezogenen Fonds machen ein Volumen von pro Jahr schätzungsweise 10 Mrd.Yuan aus.

Die Regierung weist Teile der Abschreibungs fonds anderen Verwendungen zu. wegen finanzieller Schwierigkeiten bestimmte die Regierung, daß seit 1982 15% der Abschreibungs fonds an die Baufonds für Schlüsselprojekte von Energie und Transport überführt werden sollten. Von 1989 an sollen weitere 10% der Abschreibungs fonds an die Regierung als Regulierungsfonds für das Budget überführt werden.

Die Unternehmen selbst verwenden Abschreibungs fonds für andere Zwecke, wie beispielsweise den Bau von Wohnungen für Angestellte und als Umlaufkapital.

Die Wirtschaftszeitung beschrieb dies als das "Aufzehren des Kapitals" und nannte die daraus folgenden Defekte: Dadurch seien die Gewinne von Unternehmen sowie die Einnahmen der Regierung zu hoch ausgewiesen worden. Unternehmen seien dadurch in die Lage versetzt worden, Mittel zurückzuhalten, und mehr auszugeben, als sie sollten. Es wird geschätzt, daß der Umfang der falschen Gewinne, aus der Unterabschreibung stammend, mehr als 20 Mrd.Yuan pro Jahr ausmacht. Die Unternehmen erhalten auf diese Weise zusätzlich 10 Mrd.Yuan, von denen mehrere Milliarden Yuan dazu benutzt werden, das Einkommen

der Arbeiter und Angestellten zu erhöhen. Das Ergebnis besteht in einer landesweiten Ausweitung des Konsumfonds. Die auf falsche Weise gestiegenen Regierungseinnahmen tragen auch dazu bei, die Investitionen exzessiv auszuweiten. Wenn mehr und mehr Abschreibungsfonds in andere Verwendungen gehen, steigt die potentielle Gefahr. Der Ausgleich der Staatseinnahmen und Staatsausgaben wird zukünftig unmöglich sein, da der Staat zusätzliches Geld auszugeben hat, um die Anlagen der staatseigenen Unternehmen zu erneuern.

Die unzulängliche Beschickung der Abschreibungsfonds hat auch Probleme für die Unternehmen gebracht, weil deren Ausrüstungen veralten und die Ausstoßrate sinkt. Im Jahre 1987 war der Gewinn pro 100 Yuan Anlagevermögen in staatseigenen Betrieben 58% geringer als im Jahre 1966.

Aufgrund der Analyse der Wirtschaftszeitung besteht ein wichtiger Grund für die zunehmend ernste unzulängliche Beschickung der Abschreibungsfonds in den Fehler, der Werterhaltung und Kompensation ungenügende Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Fehler sei ferner, nicht einzusehen, daß staatseigenes Anlagevermögen eine wichtige materielle Basis für die Schaffung von Wohlfahrt für den Staat darstellt. Ein weiterer Grund besteht darin, daß die Behörden bei Investitionen nur dem Bau neuer Einrichtungen Aufmerksamkeit schenken, während die bestehenden Installationen vernachlässigt werden. Ein weiterer Grund besteht darin, daß es keine effektive Politik gibt, den technologischen Fortschritt für die Unternehmen sicherzustellen, indem die Abschreibungsfonds richtig genutzt werden.

Die Wirtschaftszeitung machte Vorschläge, um die Situation zu verbessern. Ein Vorschlag besteht darin, die Abschreibungsrate des Anlagevermögens zu erhöhen, insbesondere bei großen und mittelgroßen Unternehmen, und zwar auf 8% oder mehr. In der Zwischenzeit solle die Praxis verändert werden, daß die Unternehmen Kredite nicht aus den Gewinnen vor Steuern zurückzahlen. Kredite sollten aus den Gewinnen nach Steuern getilgt werden. Der Vorschlag geht dahin, sicherzustellen, daß die Abschreibungsfonds tatsächlich benutzt werden, um die Anlagen der Unternehmen zu er-

neuern. Ein weiterer Vorschlag zielt darauf hin, die staatseigenen Anlagevermögen neu zu bewerten. International ist es üblich, daß die Regierungen eine Neueinschätzung der Anlagevermögen mittels gesetzlicher Auflagen durchführen. Seit 1951 hat eine Neueinschätzung in China nicht stattgefunden.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, den Umfang des Investbaus weiter zu kontrollieren, um mehr Geldmittel für die technologische Modernisierung von Unternehmen einzusparen. Ein bestimmter Prozentsatz der Investbaufonds sollte dafür bereitgestellt werden, den Wert der staatseigenen Anlagevermögen zu erhalten.

Ein letzter Vorschlag zielt darauf ab, den Buchwert der staatseigenen Anlagevermögen regelmäßig neu festzulegen, und zwar zu dem Zweck, Preiserhöhungen einbeziehen zu können. (China Daily, 22.1.90) -lou-

---

## Taiwan

---

\* (40)

### Sieg der Regierungspartei in Kommunalwahlen

Am 20. Januar wurden alle Kreistage und Gemeindevorsteher neu gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Kreistagswahlen 72,1% (71,16% vor vier Jahren) und bei den Gemeindevorwahlen 72,78% (72,02%). Nach den von der Wahlkommission bekanntgegebenen offiziellen Ergebnissen hat die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD) bei den Kreistagswahlen insgesamt 61,9% der abgegebenen Stimmen erlangt, die größte Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) 11,3% und die parteilosen Kandidaten 26,8%. Von den 842 zu wählenden Kreistagssitzen entfielen 588 (69,83%) auf die GMD, 49 (5,82%) auf die MJD und 205 (24,35%) auf die Parteilosen. Bei den Wahlen der insgesamt 309 Gemeindevorsteher erhielten die GMD 71,7% der Stimmen bzw. 263 (85,11%) der Ämter, die MJD 9,6% der Stimmen bzw. 6 (1,94%) der Ämter und die Parteilosen 18,7% der Stimmen bzw. 40

(12,9%) der Ämter. Damit hat die Regierungspartei im Vergleich zu vorher 110 Sitze und 29 Ämter verloren, die MJD hingegen 13 Sitze und 4 Ämter, die Parteilosen 105 Sitze und 25 Ämter hinzugewonnen. (LHB, 21.1.90)

Die GMD selbst berichtete, sie habe 650 oder 77,2% der Kreistagssitze und 283 oder 91,59% der Gemeindevorsteherämter gewonnen. Dabei sind allerdings 113 Gemeindevorsteher bzw. 312 Kreistagsabgeordnete durch Nominierung der Partei, 111 bzw. 272 mit Zustimmung der Partei und 59 bzw. 52 unabhängig von der Partei gewählt worden. Außerdem sind 14 erst nach den Wahlen in die Partei eingetreten. Dem GMD-Bericht zufolge sollen 20 (6,7%) statt 40 (12,95%) der gewählten Gemeindevorsteher zu den Parteilosen zählen und von den gewählten Kreistagsabgeordneten sollen 47 (5,58%) statt 49 (5,8%) der MJD, 142 (16,86%) statt 205 (24,35%) den Parteilosen sowie 3 (0,36%) den anderen kleinen Parteien angehören. (ZYRB, 22.1.90)

Gegenüber den Wahlen vor vier Jahren (vgl. C.a. Feb. 1986, Ü 41, S.76 f) ist der Anteil der GMD an den gewählten Gemeindevorstehern um 9,06% und der an den Kreistagssitzen um 9,62% gefallen; nach eigenen Angaben betragen die Einbußen nur 3,5% bzw. 3,9%. Trotzdem wurden die Ergebnisse allgemein als Erfolg für die Regierungspartei bewertet, denn bei den Wahlen der zusätzlichen Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan, der Abgeordneten auf Provinzebene und der Verwaltungsleiter auf Kreisebene im Dezember vergangenen Jahres hatte sie noch größere Rückschläge hinnehmen müssen (vgl. dazu: Yu-Hsi Nieh, "Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan", in: C.a. Dez. 1989, S. 934 ff).

Bis auf den Kreis Gaoxiong (Kaohsiung) hat die GMD in allen Kreistagen die absolute Mehrheit halten können - auch im Kreistag von Gaoxiong bleibt sie die größte Partei. Unerwartet war der magere Erfolg der MJD. Auch in den sechs Kreisen, wo sie in den Dezember-Wahlen die höchsten Verwaltungämter errungen hatte, blieb eine Wiederholung des beachtlichen Sieges der MJD aus. Nur die Parteilosen konnten einen überzeugenden Sieg verbuchen.